

tarz 31.3.15

Mehrheit ist gegen Auto-Städte

UMFRAGE Obwohl Umweltschutz als weniger dringendes Problem gilt, sehen die Deutschen ihn deutlich stärker als Voraussetzung für die Lösung zentraler Zukunftsfragen



Alltägliche Szene im Stadtverkehr: RadfahrerInnen bleibt nur das Ausweichen Foto: Karsten Thielker

AUS BERLIN MALTE KREUTZFELD

Die Deutschen haben genug von der autogerechten Stadt: 82 Prozent fordern, die Verkehrsplanung stärker an den Bedürfnissen von Fußgängern, Radfahrern und ÖPNV-Nutzern auszurichten. Unter 14- bis 17-Jährigen sind es sogar 92 Prozent, die eine solche Umgestaltung der Städte und Gemeinden fordern. Das ist ein Ergebnis einer repräsentati-

ven Umfrage zum Umweltbewusstsein in Deutschland, die Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) und die Präsidentin des Umweltbundesamtes, Margit Krautzburger, am Montag vorstellten.

„Die Menschen wollen nicht mehr in Städten leben, die sich allein ums Auto drehen“, sagte Hendricks. Darauf müsse die Politik reagieren. So sei es fraglich, ob „der knappe Platz in den In-

nenstädten mit Parkplätzen sinnvoll genutzt“ werde. Konkrete Änderungspläne stellte Hendricks, die auch Bauministerin ist, allerdings nicht vor; dabei seien vor allem die Kommunen gefordert, sagte sie.

Das Thema Umweltschutz sehen insgesamt nur noch 19 Prozent der Befragten als eines der wichtigsten Probleme an. Diese Zahl liegt deutlich niedriger als bei der letzten Umfrage vor zwei

Jahren. Das will Hendricks aber nicht als nachlassendes Interesse verstanden wissen: „Immer mehr Menschen sehen Umweltschutz nicht als Problem, sondern als Teil der Lösung.“

Widerspruch zu Sozialem

Diese Interpretation wird dadurch gestützt, dass Umwelt- und Klimaschutz von einer Mehrheit der Menschen inzwischen als notwendige Voraussetzung gesehen wird, um andere politische Ziele zu erreichen: So halten 56 Prozent ihn für eine Bedingung, um den Wohlstand zu sichern; 2012 lag dieser Wert noch bei 32 Prozent. Auch für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit sieht eine Mehrheit den Umwelt- und Klimaschutz nicht als Hindernis, sondern als „grundlegende Bedingung“.

Dagegen sieht weiterhin eine Mehrheit der Befragten einen Widerspruch zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit. Hier sei offenbar noch viel Aufklärung erforderlich, meinte die Umweltbundesamtspräsidentin Krautzberger. Denn ärmere Menschen litten in besonderem Ausmaß an Lärm und Abgasen. „Darum profitiert die Bevölkerung mit niedrigem Einkommen besonders von der Umweltpolitik“, sagte Krautzberger.

Meinung + Diskussion SEITE 12